

David Harvey

Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln



Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden

VSA

David Harvey
Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln

David Harvey, geb. 1935, ist seit 2001 Distinguished Professor für Anthropologie und Geografie am Graduate Center der City University of New York und Autor zahlreicher Bücher. Auf Deutsch erschienen von ihm unter anderem »Der neue Imperialismus« (2005), »Kleine Geschichte des Neoliberalismus« (2007), »Räume der Neoliberalisierung« (2007), »Marx' ›Kapital‹ lesen« (2011), »Kapitalismuskritik« (2012) und »Rebellische Städte« (2013). Auf Englisch erschien 2013 seine Einführung und Kommentierung zum zweiten Band des »Kapital« von Marx, nach seinen Vorlesungen, die auf davidharvey.org online verfügbar sind.

Christian Frings ist Autor, Herausgeber und Übersetzer, lebt in Köln.

David Harvey

Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln

Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden

Aus dem Amerikanischen von Christian Frings

www.vsa-verlag.de

Originaltitel: The Enigma of Capital and the Crisis of Capitalism
zuerst als Hardcover erschienen 2010, die Paperback-Ausgabe erschien
2011, beide bei Profile Books, London.

Die Publikation wurde gefördert von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

© der deutschen Ausgabe
VSA: Verlag Hamburg 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
© David Harvey 2010/2011
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: freiburger graphische betriebe
ISBN 978-3-89965-442-4

Inhalt

Vorwort	7
Kapitel 1	
Der Zusammenbruch	9
Kapitel 2	
Das Kapital versammelt sich	45
Kapitel 3	
Das Kapital geht zur Arbeit	62
Kapitel 4	
Das Kapital betritt den Markt	107
Kapitel 5	
Das Kapital entfaltet sich	119
Kapitel 6	
Die Geografie des Ganzen	139
Kapitel 7	
Kreative Zerstörung des Bodens	180
Kapitel 8	
Was tun? Und wer wird es tun?	209
Nachwort zur zweiten Auflage	252
Anhang 1: Größere Schuldenkrisen und Rettungspakete, 1973-2009	269
Anhang 2: Finanzinnovationen und Entwicklung der Derivatemärkte in den USA, 1973-2009	271
Quellen und weiterführende Literatur	272
Nützliche Webseiten	274
Register	276

Vorwort

Dieses Buch handelt von den Strömen des Kapitals.

Kapital ist das Blut, das durch den politischen Körper der Gesellschaften strömt, die wir als kapitalistisch bezeichnen. Es dringt in jeden Winkel der bewohnten Welt vor, manchmal tröpfchenweise, manchmal als eine reißende Flut. Wir, die wir unter kapitalistischen Verhältnissen leben, verdanken es diesem Strom, dass wir unser tägliches Brot erhalten, unsere Häuser, Autos, Handys, Schuhe, Hemden und all die anderen Dinge, die wir für unser tägliches Leben benötigen. Durch diesen Strom wird der Reichtum geschaffen, der die vielen Dienstleistungen ermöglicht, die uns helfen, unterhalten, erziehen, beleben oder reinigen. Durch die Besteuerung dieses Stroms vergrößern Staaten ihre Macht, ihre militärische Stärke und die Fähigkeit, ihren Bürgern einen angemessenen Lebensstandard zu garantieren. Unterbrich diesen Strom, verlangsame ihn, oder was noch schlimmer wäre, halte ihn an, und wir sind mit einer Krise des Kapitalismus konfrontiert, in der das tägliche Leben nicht mehr so weiterläuft, wie wir es gewohnt sind.

Wenn wir verstehen wollen, in welchen Verhältnissen wir leben, dann müssen wir die Kapitalströme verstehen, ihre verschlungenen Pfade und die merkwürdige Logik ihres Verhaltens. In der Anfangszeit des Kapitalismus bemühten sich politische Ökonomen jeder Couleur, diese Ströme zu begreifen, und allmählich entwickelte sich ein kritisches Verständnis davon, wie der Kapitalismus funktioniert. Aber in der letzten Zeit haben wir uns von der Suche nach einem kritischen Begreifen abgewandt. Stattdessen haben wir ausgefeilte mathematische Modelle entworfen, endlose Datenreihen analysiert, Tabellen geprüft, sind ins Detail gegangen und haben jeglichen Begriff des systemischen Charakters der Kapitalströme unter Bergen von Papieren, Berichten und Prognosen begraben.

Als ihre Majestät Königin Elizabeth II. die Ökonomen der London School of Economics im November 2008 fragte, wie es sein könne, dass sie die gegenwärtige Krise nicht hatten kommen sehen (eine Frage, die sicherlich allen auf den Lippen lag, die aber nur eine feudale Monarchin so einfach stellen und darauf eine Antwort erwarten konnte), hatten die Ökonomen keine Antwort parat. Nach sechs Monaten des Studierens, Grübelns und der eingehenden Beratung mit den führenden politischen

Entscheidungsträgern mussten sie in einem Brief an ihre Majestät, den sie gemeinsam unter der Schirmherrschaft der British Academy verfasst hatten, eingestehen, dass sie irgendwie die »systemischen Risiken« aus den Augen verloren und sich so wie alle anderen auch in einer »Politik des Verleugnens« verfangen hatten. Aber was hatten sie verleugnet?

Mein Namensvetter William Harvey aus dem frühen 17. Jahrhundert, der wie ich ein gebürtiger »Mann aus Kent« war, gilt allgemein als derjenige, der als Erster die Zirkulation des Bluts durch den menschlichen Körper richtig und systematisch dargestellt hat. Auf dieser Grundlage konnte die medizinische Forschung nachweisen, wie die Lebenskraft des menschlichen Körpers durch Herzinfarkte oder andere Erkrankungen schwer geschädigt oder sogar ausgelöscht werden kann. Wenn das Blut nicht mehr strömt, stirbt der Körper. Heute ist unser medizinisches Wissen sehr viel komplexer, als es sich Harvey hätte vorstellen können. Aber unser Wissen beruht immer noch auf den soliden Forschungsergebnissen, die er als Erster vorlegte.

Als unsere Ökonomen, Wirtschaftsführer und politischen Entscheidungsträger versuchten, das heftige Zittern im Herzen des politischen Körpers zu lindern, griffen sie entweder auf altertümliche Methoden zurück oder bemühten postmoderne Konzeptionen, weil ihnen jeglicher Begriff vom systemischen Charakter der Kapitalströme fehlte. Auf der einen Seite saugen die internationalen Institutionen und Hausierer des Kreditwesens aus den Menschen auf der ganzen Welt weiterhin wie Blutegel so viel ihres Lebensbluts aus wie möglich, egal wie verarmt sie auch sind. Dazu bedienen sie sich der so genannten Strukturanpassungsprogramme und aller möglichen anderen Strategien (wie die plötzliche Verdopplung der Gebühren für unsere Kreditkarten). Auf der anderen Seite überfluten die Zentralbanken ihre Ökonomien mit überschüssiger Liquidität und blähen damit den globalen politischen Körper auf. Sie hoffen, dass solche Notfalltransfusionen ein Leiden heilen könnten, das nach einer sehr viel radikaleren Diagnose und Therapie schreit.

In diesem Buch versuche ich, zu einem gewissen Verständnis davon zurückzufinden, um was es sich beim Kapitalfluss überhaupt handelt. Wenn wir die Störungen und Zerstörungen besser verstehen, denen wir heute alle ausgeliefert sind, könnte uns klarer werden, was wir dagegen tun können.

David Harvey
New York, Oktober 2009

Nachwort zur zweiten Auflage

*Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse,
die Klasse der Reichen, die den Krieg führt, und wir gewinnen.*

Warren Buffett, der »Weise von Omaha«

Wenn Politiker und Wirtschaftsexperten dermaßen unbekümmert den krisenanfälligen Charakter des Kapitalismus ignorieren, wenn sie so stillvergnügt sämtliche Warnsignale um sich herum übersehen und die Zeit der Volatilität und Turbulenzen seit den 1990er Jahren als die krisenfreie »Great Moderation« bezeichnen, dann muss man es den einfachen Leuten nachsehen, wenn ihnen nicht klar ist, von was sie getroffen werden, wenn die Krise ausbricht, und wenn sie den von Experten angebotenen Erklärungen nicht trauen. Nachdem die Ökonomen nun eingestanden haben, die dem Kapitalismus der freien Märkte innewohnenden »systemischen Risiken« nicht zu verstehen, scheinen sie nach wie vor keine Ahnung zu haben, worin diese bestehen und wie ihnen begegnet werden könnte. Ein früherer Chefökonom des IWF meint: »Uns war irgendwie vage bewusst, was ein systemisches Risiko ist und von welchen Faktoren es abhängt. Aber es wäre übertrieben zu behaupten, es handele sich hierbei schon um fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse.« In einem offiziellen Dokument, das im Sommer 2010 veröffentlicht wurde, sprach der IWF davon, dass die Untersuchung des systemischen Risikos noch »in den Kinderschuhen« stecke. In der Marxschen Theorie (im Gegensatz zur kurzsichtigen neoklassischen oder finanzwirtschaftlichen Theorie) ist »systemisches Risiko« ein anderer Ausdruck für die grundlegenden Widersprüche der Kapitalakkumulation. Der IWF könnte sich eine Menge Ärger ersparen, wenn er sie studieren würde. In diesem Buch habe ich versucht, die Gründe für den krisenhaften Charakter des Kapitalismus, die Rolle von Krisen (wie der aktuellen) in der Reproduktion des Kapitalismus und die langfristigen systemischen Risiken, die das Kapital für das Leben auf dem Planeten Erde darstellt, so deutlich herauszuarbeiten, wie es mir möglich war.

Das Kapital, so meine Schlussfolgerung, löst nie seine Krisentendenzen, sondern verlagert sie nur – in doppeltem Sinne: von einem Teil der Welt in einen anderen, und von einem Problem zum nächsten. So wirkte sich die Krise, die zunächst auf den Immobilienmärkten im Süden und Südwesten der USA (und denen in England, Irland und

Spanien) ausgebrochen war, auf die Finanzmärkte in New York City und London aus, um dann global und fast überall zu einer Gefahr für den Welthandel zu werden – nachdem sie ihren Weg durch die isländischen Banken, die Investmentgesellschaft Dubai World, den Bankrott Lettlands, das kalifornische Haushaltsdesaster und die griechische und irische Schuldenkrise genommen hatte. Das globale Finanzsystem scheint durch ein Flickwerk von Regierungsinterventionen stabilisiert worden zu sein, auch wenn einige nationale Bankensysteme wie die von Irland, Portugal und Spanien angesichts des großen Volumens an toxischen Aktiva, das der vorhergehende Boom fiktiver Immobilienwerte hinterlassen hatte, noch auf weitere Rettungsmaßnahmen angewiesen sein dürften. Im Endeffekt ist die Wucht der Krise von den Banken auf die Staatsschuld verlagert worden. In Nordamerika und Europa sind als Antwort auf die anschwellende Staatsschuld drakonische Austeritätsprogramme angekündigt und durchgesetzt worden, um die Schulden auf Kosten des öffentlichen Wohlergehens durch Kürzungen bei den staatlichen Versorgungsleistungen abzubauen.

In einigen Teilen der Welt ist die Krise jedoch längst vorbei. Selbst in den USA wurde die Rezession im Juni 2009 nach statistischen Kriterien für beendet erklärt. Wenn wir in Brasilien, Argentinien, Indien oder Australien nach der »Wirtschaftskrise« fragen, bekommen wir zu hören: »Welche Krise? Das ist euer Problem, nicht unseres.« Geografische Kurzsichtigkeit ist allerdings weit verbreitet. Während viele großzügig für die Opfer des Tsunamis spendeten, der im Dezember 2004 im Indischen Ozean wütete, schenkten sie den 15 Millionen Menschen, die in Indonesien während des ökonomischen Zusammenbruchs von 1997/98 ihren Job verloren, oder dem Anschwellen der Arbeitslosigkeit in Argentinien während der Krise von 2001/02 keinerlei Aufmerksamkeit. Das waren deren Wirtschaftskrisen und deren Fehler, nicht unsere.

Während ich dies schreibe (Dezember 2010), existieren ein tiefes Gespür sowie offenkundige Anzeichen dafür, dass die Krise in den USA und in weiten Teilen Europas noch andauert. Das große Problem ist die Arbeitslosigkeit. In einer gemeinsamen Diskussionsvorlage des IWF und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom September 2010 wird der globale Nettoverlust von Arbeitsplätzen während der Rezession von 2007/09 auf 30 Millionen geschätzt. Von den 20 Millionen in den offiziellen Statistiken registrierten entfallen drei Viertel auf die entwickelten Ökonomien – 7,5 Mio. in den USA, 2,7 Mio. in Spanien und 0,9 Mio. im United Kingdom. Deutlich schwächer waren die Nettoverluste in den Schwellenländern. China meldete 3 Mio., was angesichts seines riesigen Arbeitsmarktes zwar ernst, aber nicht katastrophal

ist. In einigen Niedriglohnländern kam es interessanterweise sogar zu leichten Zugewinnen – was zum Teil auf die Verlagerung von Jobs aus China in süd- und südostasiatische Länder mit noch billigeren Arbeitskräften zurückzuführen ist.

In vielen Teilen der Welt hatte die 2007 einsetzende Finanzkrise nur geringe langfristige Auswirkungen. Die Wiederbelebung des Wachstums in China (über 10% in 2010 nach seinem Absacken auf 6% zu Beginn des Jahres 2009) und in Indien (mit Wachstumsraten, die schon bald die von China übertreffen könnten) war begleitet vom kräftigen Wachstum in all jenen Gegenden der Welt, die auf den Handel mit China ausgerichtet sind. Rohstofflieferanten für China wie Australien und Chile kamen relativ unbeschadet durch die Krise. In anderen Fällen veränderte sich die Struktur der Handelsbeziehungen. So verzehnfachten Brasilien und Argentinien ihren Handel mit China seit 2000. In verschiedenen Teilen Lateinamerikas führte dies zu einer kräftigen Erholung des Wirtschaftswachstums (fast 8% in Argentinien und Brasilien), allerdings zu dem Preis, dass auf Kosten der Umwelt ein großer Teil des Lands in riesige Sojabohnen-Plantagen verwandelt wurde. Auch Ländern, die Hochtechnologie nach China exportieren, geht es ziemlich gut, was insbesondere für Deutschland gilt.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzverluste konzentrieren sich vor allem auf die USA und in ungleichmäßiger Weise auf Europa. Die offizielle Arbeitslosenquote stieg um 11% in Spanien, um 9 in Irland, um 5 in den USA und um 3 bis 4% in Griechenland, Portugal, England, Schweden und Italien. Aber in den Niederlanden blieb sie niedrig, in Deutschland verringerte sie sich sogar (teilweise aufgrund der Politik, angesichts einbrechender Märkte keine Arbeiterinnen zu entlassen, sondern die Arbeitszeit zu verkürzen) und in Südkorea und China blieb sie (trotz der für 2008 gemeldeten Verluste von drei Millionen Jobs in China) nahezu unverändert.

Die anhaltenden Arbeitsplatzverluste in den USA erinnern daran, wie auf die beiden vorhergehenden Rezessionen (1990/92 und 2001/02) Phasen eines »Aufschwungs ohne Arbeitsplätze« (*jobless recovery*) folgten – nur dass es diesmal mehr nach einem »Arbeitslosigkeit erzeugenden Aufschwung« aussieht. Außerdem ist der Anteil der »Langzeitarbeitslosen« (über sechs Monate ohne Job), der in der Vergangenheit nie mehr als ein Viertel betrug, nun auf über die Hälfte aller Arbeitslosen angestiegen. Wenn zu der offiziellen Arbeitslosenquote von knapp 10% diejenigen hinzugerechnet werden, die entmutigt aufgegeben haben oder nur vorübergehende Beschäftigungen finden, dann mangelt es einem Fünftel der Bevölkerung in den USA an einem angemessenen Job. Die

Existenz dieser riesigen Arbeitskraftreserve von un- oder unterbeschäftigten Arbeitern drückt auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der noch beschäftigten. In den Verhandlungen um die Insolvenz von General Motors wurde ein zweistufiger Tarif eingeführt, der niedrigere Löhne und geringere Sozialleistungen für Neueingestellte beinhaltet. Dieses System geringerer Einstiegslohne (*two-tier system*) hat sich nun in den ganzen USA verbreitet. Infolgedessen sind die Profite seit ihrem Tiefpunkt Ende 2008 mit einem, wie die Wirtschaftspresse schreibt, »halsbrecherischen Tempo« wieder angestiegen, was ein neues Kursfeuerwerk an den Börsen und weitere Exzesse im Lebensstil der Wall-Street-Banker ausgelöst hat. Aber der Preis dafür war die weitere Verschärfung der Lohnkürzungen, die Ende der 1970er Jahre eingesetzt hatten. Der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen ist weiter gesunken, während der Profitanteil wieder auf das Niveau vor der Krise angestiegen ist. Ein Nebeneffekt der Arbeitslosigkeit besteht darin, dass die Zwangsversteigerungen von Häusern, die den Crash 2007 ausgelöst hatten, unvermindert weitergehen und die Wertpapierbestände immer toxischer werden. Die monatliche Rate der eingeleiteten Zwangsversteigerungsverfahren fiel von ihrem Höhepunkt mit 142.000 Fällen im April 2009 auf knapp über 100.000 im August 2010, aber die Zahl der tatsächlich durchgeführten Zwangsenteignungen erreichte im selben Monat mit 95.000 Fällen einen Rekordwert. Im Jahr 2010 verschafften sich die Finanzinstitute Rechtstitel auf über eine Million Behausungen. Es ist kein Wunder, dass sich das Konsumklima nur langsam erholt und die Endverbrauchermärkte in der Flaute stecken.

Beruhet diese Lage in den USA und in weiten Teilen Europas auf ökonomischer Notwendigkeit oder auf einer politischen Entscheidung? Ein bisschen von beidem. Aber die politische Seite ist jetzt offensichtlicher, als sie es im Jahr zuvor war. Nachdem zunächst mit einer Wiederbelebung des Keynesianismus geliebäugelt wurde, ist die Staatsschuldenkrise in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern zur Entschuldigung dafür geworden, die letzten Reste des Wohlfahrtsstaats mit einer Austeritätspolitik zu demontieren. Das Kapital hatte schon immer seine Probleme damit, die Kosten der gesellschaftlichen Reproduktion – die Versorgung von Jugendlichen, Kranken, Behinderten und Alten, die Kosten der sozialen Sicherheit, der Ausbildung und der Gesundheitsversorgung – zu internalisieren. In den 1950er und 1960er Jahren wurden viele diese gesellschaftlichen Kosten entweder direkt (durch betriebliche Kranken- und Pensionskassen) oder indirekt (durch steuerfinanzierte Leistungen für die breite Bevölkerung) internalisiert. Aber die gesamte Zeit des neoliberalen Kapitalismus ab Mitte der 1970er Jahre war von

dem Kampf des Kapitals geprägt, sich dieser Lasten zu entledigen und es den Menschen zu überlassen, sich um solche Versorgungsleistungen zu kümmern und für sie zu bezahlen. Von einflussreichen rechtsgerichteten Stimmen in der Politik und in den Medien wurde uns gesagt, es sei keine Aufgabe des Staats, sondern eine Frage der persönlichen Verantwortlichkeit, wie wir uns reproduzieren.

Einige große Bereiche stehen noch zur Privatisierung aus – angefangen bei der sozialen Sicherheit und der staatlichen Rentenversorgung (auch wenn Chile beide bereits vor langem privatisiert hat). Die gegenwärtige Austeritätspolitik ist daher ein weiterer Schritt auf diesem Weg, die Kosten der gesellschaftlichen Produktion zu personalisieren. Der Anschlag auf das Wohlergehen der Bevölkerung hat den Staat auf Kollisionskurs nicht nur mit den letzten Bastionen gewerkschaftlicher Macht in vielen Ländern, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, gebracht, sondern auch mit denjenigen Teilen der Bevölkerung, die am unmittelbarsten von staatlicher Versorgung abhängig sind – wie die Studentinnen in Athen, Paris, London oder Berkeley. Dieser Anschlag hat erste Revolten hervorgerufen und selbst der IWF versuchte, übereifrige rechtsgerichtete Regierungen vor dem Risiko größerer sozialer Unruhen zu warnen. Die seit dem Herbst 2010 zunehmenden Anzeichen von Unruhe deuten an, dass der IWF recht haben könnte.

Die ökonomischen Gründe für die Austerität sind bestenfalls nebulös und schlimmstenfalls eindeutig kontraproduktiv. Seriöse Fachleute schätzen, dass die von der konservativen Regierung in England angekündigten Maßnahmen etwa 1,6 Millionen Menschen in den nächsten drei Jahren ihren Job kosten werden – fast 500.000 im öffentlichen Dienst und eine weitere Million vor allem in dem Teil der Privatwirtschaft, der von Regierungsaufträgen abhängig ist. Die Vorstellung, der Privatsektor, der in England bisher höchstens 300.000 Arbeitsplätze pro Jahr schaffen konnte, könne aus eigener Kraft diese Verluste ausgleichen, ist milde gesagt reines Wunschdenken. Nach dem jüngsten Wahlsieg der Republikaner im Repräsentantenhaus der USA werden die so genannten Defizit-Falken sämtliche Ausgaben unter die Lupe nehmen – abgesehen von der Beibehaltung der enormen Steuervergünstigungen für den reichsten Teil der Bevölkerung, die das Defizit vergrößern. Aber selbst als die Demokraten alle Schalthebel der Macht in ihrer Hand hatten, waren sie nicht gewillt, den Defizit-Falken zu widersprechen, um den Menschen zu helfen. Dafür ist die »Partei der Wall Street«, wie ich sie nenne, viel zu mächtig, da sie die Wahlkämpfe sowohl der Demokraten wie der Republikaner finanziert. Und im Laufe der Zeit hat sich leider herausgestellt, dass auch Präsident Obama dieser Partei angehört.

Den USA wird heute nur das angetan, was seit Anfang der 1980er Jahre im Inland wie im Ausland ständig praktiziert wurde. 1982 stürzten zum Beispiel viele Entwicklungsländer in eine Schuldenkrise. Das Paradebeispiel war Mexiko, das den Fehler begangen hatte, sich bei New Yorker Investmentbanken hoch zu verschulden. Bei einem Zahlungsausfall wären die New Yorker Banker ruiniert gewesen, weshalb das Finanzministerium der USA und der IWF dem Land einen Rettungskredit gewährten, mit dem die Banker bezahlt werden konnten. Im Zuge dieser Aktion wurden Mexiko aber derart harte Austeritätsmaßnahmen auferlegt, dass der Lebensstandard um 25% absank. Rette die Banken und belaste die Leute – das ist seitdem zum Standardrezept geworden. Es geschah in Griechenland Anfang 2010 und in Irland im Herbst. Im Fall von Griechenland waren die deutschen und französischen Banken gefährdet, während es bei Irland vor allem britische Forderungen waren. Der Rückgang des Lebensstandards der griechischen Bevölkerung war offenkundig und in Irland sieht es kaum besser aus. Letztes Jahr wurden die Banken in den USA gerettet. Also ist es an der Zeit für die Bundesregierung, den Leuten die Rechnung zu präsentieren, und zwar in noch größerem Umfang als in Kalifornien, das über den neuntgrößten öffentlichen Haushalt der Welt verfügt. Das Land konnte nur durch wilde Budgetkürzungen im ganzen Haushalt und durch die Bezuschussung der Ausgaben für soziale Sicherheit, Medicare und ähnliches aus den Steuereinnahmen des Bundes davor bewahrt werden, das Schicksal von Griechenland oder Irland zu erleiden. Aber das Tempo, mit dem sich die Investoren ab Dezember 2010 aus dem steuerbefreiten Anleihemarkt für die Verschuldung auf kommunaler und Landesebene zurückzogen, lässt ahnen, dass von hier die nächste Welle der Finanzkrise in den USA ausgehen könnte. Ob es zu massiven Zahlungsausfällen der Kommunal- und Landesregierungen kommt, wird von den Reaktionen der Bundesregierung und der Zentralbank abhängen. Aber eine derartige Krise wird – zum Teil aufgrund ihres Ausmaßes, zum Teil aus politischen Gründen – sehr viel schwieriger zu lösen sein, als es bei den Banken der Fall war.

Für Griechenland und Irland wäre es mit ziemlicher Sicherheit besser gewesen, zahlungsunfähig zu werden. Dann hätten die Banken und Anleihebesitzer das Leid mit den Menschen teilen müssen. Die Anleihebesitzer hätten »einen Haarschnitt verpasst« bekommen, wie man in Finanzkreisen sagt. 2004 hatte Argentinien faktisch seine Zahlungsunfähigkeit erklärt. Es wurden harte Konsequenzen angedroht: »Ihr werdet nie wieder einen internationalen Investor zu Gesicht bekommen.« Aber innerhalb weniger Jahre pumpten ausländische Investo-

ren, die verzweifelt nach profitablen Märkten für ihr überschüssiges Kapital suchten, Geld in den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes, der mit wenigen Dellen sogar bis in die schwierigen Jahre von 2007 bis 2009 anhielt. In Griechenland und Irland hat die Austeritätspolitik die wirtschaftliche Erholung blockiert, die Verschuldung noch verschlimmert und eine nicht endende Spirale weiterer Austeritätsmaßnahmen eingeleitet. Angesichts dieser Erfahrung haben sich schließlich einige einflussreiche Stimmen in den etablierten Medien (einschließlich eines Leitartikels in der *New York Times*) gefragt, ob ein höflicherweise als »Umstrukturierung« bezeichneter Staatsbankrott nicht die bessere Option wäre. Selbst die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat angedeutet, dass Anleihebesitzer mit dem Auslaufen des Europäischen Rettungsfonds nach 2013 »Haarschnitte« zu erwarten hätten. Damit würde zumindest ein Teil der Krisenlasten wieder den Banken auferlegt, wo sie nach Ansicht vieler sowieso hingehören, insbesondere wegen der Vorliebe der Banker, sich schamlos selbst riesige Boni zu zahlen. Im Fall von Griechenland würde dies die Lasten auch geografisch zurück ins französische und ziemlich schwache deutsche Bankensystem und letztlich zu den Regierungen von Frankreich und Deutschland verlagern, wo sie nach Ansicht vieler Griechen hingehören.

Aber es war seit jeher das Programm der Rechten und der Kapitalistenklasse, die Menschen zugunsten des Großkapitals für die Krise bezahlen zu lassen. In den 1980er Jahren produzierte Präsident Ronald Reagan durch das Wettrüsten mit der Sowjetunion eine riesige Verschuldung. Außerdem senkte er den Steuersatz für die Amerikaner mit den höchsten Einkommen von 72 auf fast 30%. Wie sein Haushaltsminister David Stockman später eingestand, sollte die Verschuldung geplant hochgetrieben werden, um sie dann als Rechtfertigung für Kürzungen im Sozialstaat benutzen zu können. Präsident George Bush junior, auch ein Republikaner mit Rückhalt in einem von seiner Partei kontrollierten Kongress, folgte haargenau Reagans Beispiel. Den Haushaltsüberschuss am Ende der 1990er Jahre verwandelte er in den Jahren 2001 bis 2009 in ein riesengroßes Defizit, indem er ohne Grund zwei Kriege führte, die Steuern für die Reichen senkte und die Verschreibungspflicht von Medicare reformierte, um der Pharmaindustrie ein Geschenk zu machen. Die Bush-Leute sagten, die Steuererleichterungen würden sich durch mehr Investitionen selbst finanzieren – was nicht geschah. Sie heizten vor allem die Spekulation an. Auch die Kriege sollten sich angeblich durch das irakische Öl selbst finanzieren. Als 2003 Fachleute schätzten, der Krieg könne 200 Mrd. US-Dollar kosten, wurden sie als unpatriotische Pessimisten attackiert. Bis heute haben die Kriege zwei Billionen

US-Dollar oder mehr gekostet, aber in den Jahren von Bush kümmerte es keinen, da Vizepräsident Dick Cheney stolz verkündet hatte: »Reagan hat uns gelehrt, dass es auf Schulden nicht ankommt!«

Aber es kommt auf sie an, und der beste Weg, sie zu reduzieren, ist die Stimulierung des Wachstums. Ein großer Teil der gegenwärtigen Defizite ergibt sich aus den durch die Rezession und die steigende Arbeitslosigkeit verursachten Steuerausfällen. Im Vergleich dazu sind die Nettokosten der Rettungsprogramme nicht sehr hoch. In einigen Fällen werden die Gelder mit Zinsen zurückgezahlt. Wenn du die Wirtschaft wiederbelebst und das Wachstumsproblem löst, bist du auf dem besten Wege, das Defizitproblem durch steigende Einnahmen zu beheben (wie der Wirtschaftsboom in den 1990er Jahren unter Clinton gezeigt hat). Eine Austeritätspolitik führt die Wirtschaft, wie ich bereits sagte, in die entgegengesetzte Richtung. Die heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den USA und in Großbritannien sowie in ganz Europa verschärfen sich im Wesentlichen nicht aufgrund ökonomischer Notwendigkeit, sondern aus einem politischen Grund: Das Kapital soll nicht länger für die Kosten der gesellschaftlichen Reproduktion verantwortlich sein.

Der Anschlag auf die soziale Situation der Massen ist eine Folge des unablässigen Versuchs, den Reichtum der bereits Wohlhabenden zu erhalten und zu vermehren. Das hat Warren Buffet in klaren Worten zum Ausdruck gebracht. Seit den 1970er Jahren ist die Einkommensungleichheit in den USA so stark angestiegen, dass heute die unteren 90% der Amerikaner gerade mal über 29% des Reichtums verfügen, während die übrigen 10% den Rest kontrollieren. Das oberste 1% besitzt 34% des Reichtums und bezieht 24% der Einkommen (dreimal mehr als 1970). Das alles deutet darauf hin, dass die Reichsten, abgesehen von einigen Ausnahmen, von den jüngsten Ereignissen nicht allzu hart getroffen wurden. Die Manager der führenden Hedgefonds konnten ihre Macht sogar vergrößern – zum Beispiel verdienten George Soros und John Paulson jeweils 3 Mrd. US-Dollar in 2008. Während in der Öffentlichkeit lautstark für Austeritätsprogramme und Defizitabbau Stimmung gemacht wurde, konnten die Republikaner die Verlängerung der von Bush eingeführten Steuererleichterungen durchsetzen. Mit ihnen werden jedem, der zu den reichsten 0,1% der Steuerzahler in den USA gehört, jährlich 370.000 US-Dollar geschenkt, was das Defizit im Laufe der nächsten zehn Jahre um 700 Mrd. US-Dollar erhöht. Währenddessen mussten einige Kommunen aus Geldmangel ihre Polizeistationen und Feuerwehren schließen oder sogar die Straßenbeleuchtung abschalten. Zu welchem Chaos würden derart drakonische Haushaltskürzungen in

den großen Städten mit ihren ohnehin schon unruhigen Einwohnern führen? Das ist Plutokratie im schlimmsten Sinne.

Das politische Vorgehen, die bereits Begünstigten zu schützen, bezieht sich auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Länder, die aufgrund ihrer Exportüberschüsse die jüngsten Erschütterungen ziemlich unbeschadet überlebt haben – insbesondere Deutschland und China –, widersetzen sich vehement allen Maßnahmen, die ihren Wettbewerbsvorteil schmälern könnten. Sie bereichern sich weiter auf Kosten des Konsums in der übrigen Welt. Das Versagen der G20, irgendeine koordinierte Antwort auf die gegenwärtige Misere zu finden, beruht fast ausschließlich auf den Differenzen bezüglich der angemessenen Handelsdefizite und -überschüsse, Wechselkurse und ähnlichem. Angela Merkel aus Deutschland propagiert Austeritätspolitik anstelle von Wirtschaftsförderung als universelles Prinzip, weil sie Deutschlands Exportvorteil sichert. Den jüngsten Versuch der US-Zentralbank, die Wirtschaftstätigkeit anzuregen und die Arbeitslosigkeit zu senken, bezeichnete ihr Finanzminister als »ratlos«. Sowohl die Deutschen wie die Republikaner in den USA wollen, dass die Wirtschaft der USA bis zur nächsten Wahl stagniert. Der Führer der Republikaner im Senat der USA, Mitch McConnell, hält es für deren wichtigste Aufgabe, die Wiederwahl von Obama zu verhindern. Und dafür war es das Beste, im Namen der Haushaltsdisziplin eine gnadenlose Austeritätspolitik durchzudrücken, die die wirtschaftliche Erholung blockiert. Aber nachdem die Partei der Wall Street ihre Schlacht um die Steuererleichterungen für die Wohlhabendsten gewonnen hatte, kam sie zur Vernunft. Sie entschied, dass zwei Jahre der totalen Austerität doch zu viel des Guten sein könnten, und überzeugte die aus den Wahlen als Siegerin hervorgegangene Republikanische Partei, einige umfassende Konjunkturpakete zu finanzieren – in der Hoffnung, die Erholung der Unternehmensprofite in Gang zu halten.

Das Mantra der Austerität wird jedoch nicht überall akzeptiert und praktiziert. Die Welt ist zweigeteilt. Während in Nordamerika und Europa eine Defizitparanoia herrscht, setzt Ostasien, angeführt von China, auf keynesianische Expansion. Dort wird eine völlig andere Politik betrieben, mit noch erstaunlicheren Ergebnissen. Die wirtschaftliche Erholung in dem um China zentrierten Universum sowie in Indien und Lateinamerika war bemerkenswert. Weder der damalige Präsident von Brasilien Ignacio Lula noch die argentinische Präsidentin Christina Kirchner sprechen von Austerität – und schon gar nicht der damalige chinesische Präsident Hu Jintao, der allerdings schon aus geopolitischen Gründen die USA gerne in ihrer selbstmörderischen Politik bestärkt.

Mit seinen riesigen Überschüssen und einem relativ stabilen und von der Zentralregierung leicht zu steuernden Bankensystem verfügt China über die Mittel, einen deutlich keynesianischeren Kurs einzuschlagen. Als Anfang 2009 die Exportindustrien einbrachen und Massenarbeitslosigkeit und soziale Unruhen drohten, musste die Regierung eingreifen. Das aufgelegte Konjunkturpaket bestand aus zwei Komponenten. Fast 600 Mrd. US-Dollar wurden vor allem in Infrastrukturprojekte gesteckt – den Ausbau der Autobahnen in einem Umfang, der das Autobahnnetz der USA aus den 1960er Jahren in den Schatten stellt, neue Flughäfen, riesige Wasserprojekte, Hochgeschwindigkeitszüge und sogar völlig neue Städte. Zweitens drängte die Zentralregierung die Banken, die Kreditvergabe für Projekte der Provinzregierungen oder der Privatwirtschaft zu erleichtern – und in China ist es für Banker keine Option, sich der Zentralregierung zu widersetzen.

Die große Frage ist, ob diese Investitionen die nationale Produktivität steigern können. Da die räumliche Integration der chinesischen Wirtschaft, insbesondere zwischen den Küstenregionen und den inneren Landesteilen, noch längst nicht abgeschlossen ist, könnte dies gut der Fall sein. Aber ob die Schulden bei Fälligkeit zurückgezahlt werden können oder China zum Epizentrum des nächsten globalen Crashes werden wird, ist noch offen. Zu den negativen Auswirkungen gehört eine steigende Inflation (wie so oft die Achillesferse keynesianischer Politik) und die zunehmende Spekulation an Anlagemärkten wie dem Immobiliensektor – im Jahr 2009 sind die Grundstückspreise in Shanghai auf das Doppelte und im landesweiten Durchschnitt um über 10% angestiegen. Es existieren andere beunruhigende Anzeichen von industriellen und infrastrukturellen Überkapazitäten – in Zentralchina wurde eine ganze Stadt gebaut, die bis heute keine Einwohnerinnen hat – und angeblich sollen sich viele Banken übernommen haben. Die neu errichteten Städte im Landesinneren scheinen verzweifelt nach ausländischen Investoren zu suchen, wie sich an den in den USA geschalteten Hochglanzanzeigen ablesen lässt, mit denen Kapital an diese utopische »new frontier« des internationalen Kapitalismus gelockt werden soll (überschattet von der bewegten Geschichte der Dubai World, deren übermäßige Bautätigkeit im Bankrott endete).

Außerdem finden wir Hinweise auf die Entstehung eines unregulierten Systems von »Schattenbanken«, also dem außerbörslichen Handel mit Vermögenswerten und Anleihen, das einige der Fehler wiederholt, die seit den 1990er Jahren im Bankensystem der USA auftauchten. Aber die Chinesen sind schon früher mit notleidenden Krediten zurechtgekommen, die Ende der 1990er Jahre auf 40% der Aktiva angestiegen

waren. Mithilfe ihrer Währungsreserven wurden sie beseitigt. Während in den USA das *Troubled Asset Relief Program* (TARP) in der Amtszeit von Bush jr. nur schwer im Kongress durchzubringen war und danach viel öffentliche Kritik hervorgerufen hat, kann die chinesische Regierung unverzüglich handeln, um ihr Bankensystem zu rekapitalisieren. Ob sie auch die Schattenbankenaktivitäten kontrollieren und unterbinden kann, bleibt abzuwarten. In den letzten Monaten scheint sich vor allem die Sorge um die Inflation verstärkt zu haben. Um sie zu bremsen, soll wohl ernsthaft versucht werden, das Wachstum durch die Einschränkung der Kreditvergabe unter 10% zu bringen. Derart restriktive Maßnahmen werden zu vorhersehbaren Erschütterungen an den globalen Aktienmärkten führen.

Auch andere Aspekte eines keynesianischen Programms kommen in China zum Tragen: die Stimulierung des inneren Marktes durch die Verbesserung der Lage der Arbeiterinnen und die Thematisierung sozialer Ungleichheit. Auf einmal war die Zentralregierung bereit (oder dazu gezwungen), spontane Streiks hinzunehmen, die nicht von den offiziellen und von der Kommunistischen Partei kontrollierten Gewerkschaften organisiert wurden – wie die Arbeitskämpfe im Frühsommer 2010 in den Großbetrieben von Toyota, Honda und FoxConn. In letzterem hatte eine Serie von Selbstmorden zur Skandalisierung der Löhne und Arbeitsbedingungen geführt. Diese Streiks führten zu deutlichen Lohnerhöhungen in einer Größenordnung von 20 bis 30%. Damit wurde die Politik der Lohndämpfung aufgegeben, auch wenn die Zugewinne inflationsbereinigt bescheiden waren. Aber in dem Maße, in dem in China die Löhne steigen, verlagert das Kapital seine Produktion nach Bangladesch, Kambodscha und in andere Länder Südostasiens mit niedrigeren Löhnen.

Die Regierung investierte stärker in Gesundheitsversorgung und Sozialeistungen und hebt damit den Soziallohn an. Sie drängte entschieden auf die Entwicklung von Umweltschutztechnologien, wodurch China zu einem globalen Marktführer auf diesem Gebiet geworden ist. Die Angst, als sozialistisch oder kommunistisch bezeichnet zu werden, die politisches Handeln in den USA so schwierig macht, amüsiert die Chinesen nur. Gemessen an dem vom Staat initiierten phänomenalen Wachstum in China, aber auch in Singapur, Taiwan und Südkorea, klingt das amerikanische Mantra, nur privates Unternehmertum könne ökonomisch erfolgreich sein, dumm und lächerlich.

China ist eindeutig schneller und erfolgreicher aus der Krise herausgekommen als irgendein anderes Land. Die Ausweitung der effektiven Binnennachfrage hat nicht nur in China funktioniert, sondern auch an-

dere Ökonomien angekurbelt – insbesondere in den Nachbarländern, von Singapur bis Südkorea, und in rohstoffproduzierenden Ländern wie zum Beispiel Australien. General Motors produziert mehr Autos und Profite in China als irgendwo sonst. China hat es geschafft, den internationalen Handel und die Nachfrage nach seinen eigenen Exportgütern teilweise wiederzubeleben. Insgesamt haben sich die exportorientierten Ökonomien, insbesondere in ganz Ost- und Südostasien und in Lateinamerika, schneller als andere erholt. Chinas Investitionen in die Verschuldung der USA haben dort die effektive Nachfrage nach seinen billigen Produkten gestärkt, auch wenn sich eine allmähliche Diversifizierung der Investments abzeichnet. Im Ergebnis ist damit eine hegemoniale Verschiebung der ökonomischen Macht in der Weltwirtschaft von West nach Ost eingeleitet worden. Auch wenn die USA noch immer ein wichtiger Spieler sind, haben sie nicht mehr das Sagen, wie im November 2010 auf dem G20-Treffen in Seoul deutlich wurde, auf dem Obama ziemlich isoliert und relativ machtlos dastand.

Der chinesische Rohstoffhunger hat nicht nur die Austauschverhältnisse (*terms of trade*) zugunsten der Rohstoffproduzenten verändert (vor 1990 waren sie im allgemeinen negativ), sondern auch die langfristige Konkurrenz zwischen Staaten, Unternehmen und reichen Einzelpersonen um die Kontrolle von Land, Bodenschätzen und anderen wichtigen Quellen von Renteneinnahmen (wie Rechten an geistigem Eigentum) intensiviert. Die Politik der Enteignung, die mit dem riesigen globalen Landraub verbunden ist, der in großen Teilen des afrikanischen Kontinents, in Lateinamerika, Zentralasien und den noch unbewohnten Gebieten Südostasiens betrieben wird, wurde fraglos von China als dem Neuling auf dieser altbekannten Bühne der Konkurrenz von Großmächten und Konzernen angeführt. Aber auch innerhalb einzelner Staaten, zum Beispiel in den rohstoffreichen Regionen in Zentral- und Nordostindien, ist die Enteignung ganzer Bevölkerungen trotz des heftigen Widerstands der dort lebenden Menschen zügig vorangeschritten. Es scheint viele Interessenten zu geben, die ihre mit Schätzen beladenen Archen unbedingt in Sicherheit bringen wollen, um vor der Gefahr zukünftiger wirtschaftlicher Zusammenbrüche gewappnet zu sein.

Die Wiederbelebung der exportorientierten Ökonomien galt interessanterweise auch für Deutschland. Damit kommen wir aber zum Problem der zerstrittenen Reaktionen auf die Krise innerhalb der Europäischen Union. Nach einem ersten Schub von Konjunkturpaketen übernahm Deutschland die Führung und konnte schließlich auch das zögerliche Frankreich davon überzeugen, die Eurozone zur Verhinderung von Inflation auf eine Geldpolitik des Defizitabbaus einzuschwö-

ren. Dieser Politik hat sich nun auch die neue, von den Konservativen geführte Regierungskoalition in Großbritannien angeschlossen. Diese Wende fiel mit der plötzlichen Zerrüttung der öffentlichen Finanzen in anderen Ländern zusammen. Die sogenannten PIGS-Staaten (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) gerieten in finanzielle Nöte, was zum Teil auf ihrem eigenen Missmanagement beruhte, aber vor allem auf ihrer besonderen Verwundbarkeit durch die Kreditkrise und dem abrupten Einbruch der Immobilienmärkte und des Tourismus – die in hohem Maße von spekulativem Kapital aus Nordeuropa finanziert worden waren. Ohne eine industrielle Basis von Ländern wie Deutschland konnten sie der fiskalischen Krise nichts entgegenzusetzen.

Offensichtlich existiert eine große Spaltung zwischen den sich herausbildenden Strategien. Der Westen befindet sich zum größten Teil auf der Suche nach dem Heiligen Gral des Defizitabbaus und senkt durch Austeritätsmaßnahmen den Lebensstandard, während der Osten zusammen mit den Schwellenländern des Südens eine Politik der keynesianischen Expansion verfolgt. Zu einer Wiederbelebung des globalen Wachstums wird es nur kommen, wenn sich der östliche Weg der keynesianischen Wirtschaftsankurbelung durchsetzt.

Aber das ist problematisch. Wie ich in diesem Buch gesagt habe, ist das mindestens dreiprozentige ständige Wachstum, das sowohl empirisch wie nach allgemeinem Bekunden für ein zufriedenstellendes Funktionieren des Kapitalismus erforderlich ist, immer weniger tragbar. Es ist für uns nicht gerade beruhigend, wenn China sein Land in halsbrecherischer Geschwindigkeit mit Autobahnen überzieht und den Aufbau von Städten und Vorstädten vorantreibt; oder wenn es seinen Einfluss ausweitet, indem es sich auf der Suche nach Bodenschätzen an dem riesigen globalen Landraub beteiligt, insbesondere in Afrika, aber auch in allen anderen Gebieten, in denen es Fuß fassen kann, wie in Lateinamerika.

Der Aufstieg Chinas hat ungeheure ökologische Folgen, die nicht nur China betreffen. Die eskalierende chinesische Nachfrage nach Öl, Kohle, Zement, Sojabohnen und ähnlichem verwandelt große Teile von Afrika, Lateinamerika und Zentralasien zusammen mit Ländern wie Australien in Satellitenproduzenten, ohne Rücksicht auf die Verschlechterung der Böden und die Erschöpfung der Ressourcen zu nehmen. Damit beschreitet Ostasien natürlich nur den schwierigen und oftmals barbarischen Weg, auf dem der Westen zu Wohlstand und Macht gelangt ist. Mit welchem Recht könnten wir also verlangen, sie sollten davon ablassen? Zumal wir selbst kaum bereit sind, unseren Lebensstil in Hinblick auf die ökologischen Probleme einzuschränken.

Keynesianische Konjunkturprogramme sind keine Dauerlösung, sondern sie sollen kurzfristige Rezessionen überbrücken, um die Defizite dann im Aufschwung wieder abzubauen. Damals in den 1960er Jahren bestand das Problem darin, dass es aus politischen Gründen schwer fiel, die Verschuldung rückgängig zu machen – oder zu erkennen, dass es die Aufgabe der Politik ist, »die Bowle wegzuräumen, wenn die Party richtig in Schwung kommt«, wie der frühere Notenbankchef William McChesney Martin einmal sagte. Und heute leiden wir darunter, dass der angeblich orakelhafte Notenbankchef Alan Greenspan während der idyllischen 1990er Jahre eben dies nicht getan hat. Ob es den Chinesen gelingen wird, die Bowle rechtzeitig wegzustellen, ist eine offene Frage.

Objektiven Beobachtern ist seit langem klar, dass die in ihrem eigenen Interesse handelnden individuellen Kapitalisten dazu neigen, durch ihr Verhalten gemeinsam den Kapitalismus tiefer in die Krise zu treiben. Dasselbe gilt für die verschiedenen Gruppeninteressen, die zeitweise die politische und wirtschaftliche Macht beherrschen: die bonus-hungrigen Banker und Finanziere, die heute in Washington und London das Sagen haben; die wiederauferstandene Klasse der Rentiers, die ihre Renten nicht nur aus der Kontrolle von Land, Immobilien und Bodenschätzen, sondern zunehmend auch aus den Rechten an geistigem Eigentum beziehen; und Handelskapitalisten wie Wal-Mart und Ikea, die ihre Zulieferer fest an ihre Vorgaben und Aufträge ketten, sodass sie zu reinen Marionetten in ihren Konkurrenzkämpfen werden. Einzelpersonen und Gruppen, die ihre partikularen Interessen verfolgen, sind fast immer völlig daran gescheitert, eine überzeugende und schlüssige politische Strategie zu entwickeln, mit der ein kränkelndes kapitalistisches System stabilisiert oder sogar wiederbelebt werden könnte. Alles deutet darauf hin, dass es sich auch heute so verhält. Wie sonst ließe sich erklären, warum die Tea-Party-Bewegung in den USA mit ihrer wirren Politik so viel Geld von den reichsten Individuen und von mächtigen Gruppen in der Finanzwelt und den Medien bekommt?

Noch problematischer ist die Konkurrenz zwischen Staaten um Reichtum und Macht und die Herausbildung von konkurrierenden Machtblöcken, weil Staaten immer noch ein Monopol auf die Gewaltmittel beanspruchen und dieses in gewissem Maße alleine oder durch Allianzen wie die NATO auch durchsetzen können. In vielen Fällen verschärft die politisch-militärische Welt die inneren Widersprüche der Kapitalakkumulation, statt sie auszugleichen, worunter alle außer den Reichen und Mächtigen zu leiden haben. Diese Gefahr ist seit langem bekannt. So schrieb der britische politische Philosoph William Thomp-

son 1824: »Gegenüber diesem Zweck, der Erhaltung dieser tatsächlichen Verteilung, hat man das ewig wiederkehrende Elend oder Glück des Menschengeschlechts nicht der Beachtung für wert gehalten. Die Früchte der Gewalt, des Betrugs, des Zufalls zu verewigen, das nannte man ›Sicherheit‹, und der Erhaltung dieser unechten Sicherheit opferte man unbarmherzig alle produktiven Kräfte der Menschheit.« Es ist genau die unechte Sicherheit, die uns die Austerität und das endlose Wachstum zu bieten haben.

Was in der Vergangenheit diese inkohärente kapitalistische Politik eingedämmt hat, war ein breites Spektrum von Kämpfen der Ausgebeuteten und Enteigneten, der Arbeiterinnen gegen die Kapitalisten, der Bürger gegen Rentiers und räuberische Kaufleute, ganzer Völker gegen die oft gewaltsamen Aneignungen des Kolonialismus und Imperialismus, sowie diffusere, aber nicht weniger einflussreiche Kämpfe um Gerechtigkeit, für Rechte und für eine demokratischere und moralisch angemessenere gesellschaftliche Ordnung. Im Verlauf der letzten vierzig Jahre sind die Organisationen und Institutionen dieses Widerstands gegen die gesellschaftszerstörende Mission des Kapitals zerschlagen worden. Übrig geblieben ist eine merkwürdige Mischung aus solchen alten und neuen Institutionen, wie ich sie im letzten Kapitel beschrieben habe. Ihnen fällt es schwer, eine geschlossene Opposition oder ein überzeugendes alternatives Programm zum Ausdruck zu bringen. Diese Situation verheißt weder für das Kapital noch für die Menschen etwas Gutes. Sie ermuntert die Reichen, eine Politik gemäß dem Motto »Nach mir die Sintflut!« zu betreiben und davon zu fantasieren, sie könnten in ihren hochgerüsteten und gut ausgestatteten Archen wohlbehalten davonsegeln, während wir übrigen mit der Sintflut fertigwerden müssen. Aber die Reichen können noch nicht mal hoffen, über die vom Kapital geschaffene Welt hinwegzusegeln, weil es buchstäblich keinen Ort mehr gibt, an den sie sich zurückziehen könnten.

Es bleibt abzuwarten, ob nun eine andere Kombination von Institutionen geschaffen werden kann, um das Kapital vor sich selbst zu schützen und das von Thompson beschriebene Ergebnis zu verhindern. Aber selbst wenn eine derartige Politik und die entsprechenden Institutionen entwickelt werden könnten, müssen sie sich nicht nur deutlich von denen der Vergangenheit unterscheiden. Sie müssen weit mehr tun, als einen zivilisierteren Kapitalismus zu schaffen. Den närrischen Versuch, den Kapitalismus gerecht und moralisch vertretbar zu gestalten, werden wir aufgeben müssen. Denn wie Adam Smith in Hinblick darauf, wie die unsichtbare Hand des Marktes das menschliche Verhalten reguliert, gezeigt hat, spielt es letztlich keine Rolle, ob wir alle nur die

besten Absichten haben oder uns in hemmungsloser Gier an einer zerstörerischen Konkurrenz beteiligen. Die Logik der endlosen Kapitalakkumulation und des endlosen Wachstums werden wir nicht los. Sie enthält verborgene Imperative, von denen die unsichtbare Hand des Marktes nur einer ist, denen wir uns willentlich oder gedankenlos unterwerfen, wie löblich unsere Absichten auch sein mögen. Gegen diese herrschende Praxis mit allen ihren subtil eingebetteten Subjektivitäten müssen wir auf konstruktive Weise rebellieren, wenn wir unsere Welt grundlegend verändern wollen. Wir müssen das Problem des endlosen Wachstums durch endlose Kapitalakkumulation angehen und überwinden. Das ist die politische Notwendigkeit von heute.

In dieser langfristigen Perspektive ist der Versuch, das kapitalistische Wachstum in Ost- und Südostasien und in anderen Regionen wie den reichen Golfstaaten durch eine übersteigerte Version des amerikanischen Lebensstils wieder in Gang zu bringen, ein schwerwiegender Fehler. Der globale Landraub, den wir zurzeit erleben, ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass dieser Fehler bereits begangen wird. Und auch wenn es im Sinne der langfristigen Erfordernisse paradoxerweise richtig wäre, Nordamerika und Europa zu geringem Wachstum und endloser Austerität zu verdammen, so geschieht dies nur im Namen der Privilegien einer Plutokratie und trägt nichts dazu bei, die Unmöglichkeit endlosen Wachstums durch die endlosen Möglichkeiten der Entwicklung von menschlichen Fähigkeiten und Kräften zu ersetzen. Der kurzfristige kapitalistische Wachstumsschub in den Schwellenländern, von Ost- und Südostasien bis nach Lateinamerika, könnte dazu beitragen, die globale Verteilung von Macht und Reichtum wieder auszugleichen und damit einen günstigeren und gerechteren Ausgangspunkt für die Schaffung einer vernünftiger organisierten Weltwirtschaft zu gewinnen. Durch eine kurzfristige Erholung des Wachstums statt der Verallgemeinerung des Elends kann außerdem Zeit erkauft werden, in der langfristige Lösungen für den Übergang ausgearbeitet werden können. Aber gekaufte Zeit ist nur dann nützlich, wenn von ihr ein sinnvoller Gebrauch gemacht wird.

Es muss eine Alternative gefunden werden. Dafür ist die Entstehung einer globalen korevolutionären Bewegung entscheidend – nicht nur, um die Flut selbstzerstörerischen kapitalistischen Verhaltens einzudämmen (was schon für sich ein beachtlicher Erfolg wäre), sondern auch, um uns selbst zu reorganisieren und damit zu beginnen, neue kollektive Organisationsformen aufzubauen, Wissensbanken und neue gedankliche Vorstellungen zu schaffen, neue Technologien und Systeme der Produktion und Konsumtion zu entwickeln, während wir zugleich mit

neuen institutionellen Arrangements, neuen Formen von gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen zur Natur experimentieren und das zunehmend städtische Alltagsleben umgestalten.

Das Kapital hat uns unzählige Mittel bereitgestellt, mit denen wir an die Aufgabe des antikapitalistischen Übergangs herangehen können. Aber die Kapitalisten und ihr Gefolge werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um diesen Übergang zu verhindern, wie drängend die Umstände auch sein mögen. Die Aufgabe des Übergangs liegt bei uns, nicht bei den Plutokraten. Wie Shakespeare einst sagte: »Die Schuld liegt nicht in den Sternen ..., nur in uns selber, dass wir Knechte sind.« Im Moment hat Warren Buffet recht, wenn er sagt, dass seine Klasse gewinnt. Jetzt kommt es darauf an, das Gegenteil zu beweisen.

David Harvey
New York, Januar 2011